Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

112 (7.3.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 112 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 7. März 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Erfolgreiche Vorstöße deutscher Sturmtrupps an der Westfront.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. März. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Nordwestlich von Dixmude brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Gehöfte drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein.

Die Artillerietätigkeit lebte in vielen Abschnitten auf.

Mehrfach wurden englische Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Front des deutschen Kronprinzen.

Die französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit.

Nordwestlich von Avocourt drangen Stoßtrupps tief in die französischen Stellungen ein und kehrten nach heftigem Kampf und nach Zerstörung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

* *

Im Luftkampf wurden gestern

19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone

abgeschossen.

Hauptmann Ritter v. Tutschek errang seinen 26. Luftsieg. Durch Bombenabwurf englischer Flieger auf ein Lazarett und Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 6. März. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz

21000 B.-R.-T. Handelsschiffsraum vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Whitecoal" (3680 B. R. T.) mit Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 B. R. T. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kämpfe in der Champagne.

)(Berlin, 5. März. Ueber die Kämpfe in der Champagne an der Nettererecke zwischen Tahure und Ripont wird nachträglich noch folgendes berichtet: Am 13. Februar hatte der französische von starken Kräften durchgeführte Angriff die deutschen Stellungen in einem Kilometer Tiefe und 1200 Meter Breite erobern können. Damit hatten die Franzosen eine Frontverkürzung erreicht, durch die sie zwei bis drei Bataillone heraussparen konnten. Der deutsche Gegenangriff vom 18. Februar eroberte das verlorene Gelände zurück, das aber infolge eines überlegenen Gegenangriffes der Franzosen gegen die völlig zertrommelten Gräben wieder aufgegeben werden mußte. Daß dies nur vorläufig sein konnte, war beiden Parteien klar. Während der deutschen Vorbereitung zu einem abermaligen Angriff rüsteten die Franzosen mit allen Mitteln zur Abwehr. Ihre große Nervosität löste bei geringstem Anlaß sofort stärkstes Sperrfeuer aus. Trotz der langen Vorbereitung und sicheren Erwartung traf sie der deutsche Angriff am ersten März völlig überraschend. Bei schlechtestem Wetter, durch fußhohen Champagneschlamm vorstürmend überwand die deutsche Infanterie die steilen Hänge. Dem musterhaften Zusammenarbeiten aller Waffen war voller Erfolg beschieden. Trotz der zum Teil äußerst erbitterten Kämpfe um einzelne Gräben und Unterstände war bereits nach 20 Minuten die ganze ehemalige Stellung wiedergewonnen. An einigen Stellen waren deutsche Stoßtrupps sogar über die frühere Linie hinaus gelangt. Die Tage vor dem Angriff bedeuteten schwere Entbehrungen für die Sturmtruppen. Seit langem alarmiert und unmittelbar am Feinde bereitgestellt, erwarteten sie in überfüllten Unterständen Nachts auf Stollenstufen schlafend zum Teil im knietiefen Schlamm der Gräben die Angriffsstunde, die ihnen dann den schnellen und vollen Erfolg brachte. Bisher sind alle französischen Gegenangriffe trotz der zertrommelten Stellungen an der zähen Gegenwehr der Besatzung gescheitert. Der wiederholt anstürmende Feind hatte dabei schwerste blutige Verluste.

Die Botschafter der Entente in Rumänien.

bz. Berlin, 6. März. Der „Corriere della Sera" meldet: Die Gesandten der Alliierten in Jassy erhielten die Befehle ihrer Regierungen, Rumänien bei Abschluß des Friedens zu verlassen.

Serbien.

bz. Haag, 6. März. Die serbische Regierung antwortete dem holländischen Neuen Bureau auf eine Anfrage telegraphisch aus Korfu, daß die Gerüchte über Sonderfriedensabsichten Serbiens unbegründet seien, und berief sich auf die diesbezügliche Erklärung des Pariser „Temps" vom 19. Februar.

Der Friede mit Rumänien.

* Karlsruhe, 7. März.

Die ganze Ostfront gerät in den Bann des deutschen Sieges. Nachdem die Bolschewisten vergeblich versucht hatten, sich ihm zu entziehen, ist jetzt auch Rumänien nach kurzem Weigern und rasch gewonnener Einsicht in die Unmöglichkeit weiteren Widerstandes den Friedensspuren der Bolschewisten gefolgt. Der Vorfriede von Bukarest ist geschlossen, und er wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist ratifiziert sein. Für Rumänien bedeutet er eine Anerkennung des Sieges, den die verbündeten Waffen gegen es errungen haben. Eine Anerkennung, die vor allen Dingen Bulgarien gegenüber früheres Unrecht wieder gutmacht. Rumänien hatte im Jahre 1913 unter Ausnutzung der verzweifelten Lage, in die Bulgarien durch den Treubruch seiner Verbündeten gekommen war, einen großen Teil der Dobrudscha erpreßt. Sein zweiter Versuch, durch spielenden Einmarsch und ohne eigene Gefahr die Notlage des Nachbars auszunutzen, mißglückte schmählich. Im Strudel des Weltkrieges erkannten die Machthaber von Bukarest sehr bald, daß sie sich diesmal über das Kräfteverhältnis getäuscht und die ganze staatliche Existenz Rumäniens aufs Spiel gesetzt hatten. Vollkommen geschlagen, zahlen sie jetzt den Preis für ihr frevelhaftes Spiel. Wenn die Dobrudscha an Bulgarien zurückfällt, wenn sich Bulgariens Grenze jetzt bis an die Donaumündung vorschiebt, so erfüllt sich damit lediglich ein Gebot geschichtlicher Gerechtigkeit, die schuldlos geschiedene Teile wieder mit dem Mutterboden vereinigt. Die Möglichkeit, den Gebietsverlust durch den Erwerb Bessarabiens zu ergänzen, bleibt dabei Rumänien offen, wie in dem Vorfriedensvertrag selbst durch die Bestimmung über die Wegeöffnung nach Odessa angedeutet ist. Auch für die Anwendung von Waffengewalt gegen Rußland wird Rumänien in dem Vertrag freie Hand gelassen. So eröffnet sich ihm ein über Erwarten günstiger territorialer Abschluß, der durch die Grenzberichtigungen an der österreichisch-ungarischen Grenze nicht beeinträchtigt wird. Wirklich, Rumänien kann froh sein, daß es immer noch mit so heiler Haut davonkommt. Wäre es unter gleichen Voraussetzungen der Entente in die Hände gefallen, so müßte es sicherlich mehr bluten.

Die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu Rumänien ist ein weiterer dicker Strich durch die Rechnung unserer Feinde. Wir erinnern uns daran, daß die Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn die Entente auf den Gipfel ihrer stolzen Hoffnungen führte. Nun sollte das Gleichgewicht der Waffen wirklich und endgültig zu unseren Ungunsten gestört sein. Was Italien nicht gelungen war, sollte Rumäniens gedungener Dolch vollbringen. Schon kurze Zeit danach stand die Entente auch am Grabe dieser Hoffnung, und heute muß sie Zeuge sein, wie uns auf demselben Boden die Früchte ihrer Politik in die Hände wachsen. Es ist bisher nicht bekannt, wie weit und in welchem Maße Deutschland an den wirtschaftlichen Vorteilen beteiligt ist, die Rumänien dem Vierbund zugestehen

Bunte Chronik.

□ **Der Vater des „Kladderadatsch".** (Zu Albert Hofmanns 100. Geburtstag, 8. März.) An einem Apriltage wars des Sturmjahres 1848, als an einem kleinen Tische der Hippelschen Weinstube am Alexanderplatz in Berlin sich ein originelles Dreiblatt niedergelassen hatte: der junge Verlagsbuchhändler Albert Hofmann, der Schriftsteller Julius Schweitzer und der Possendichter David Kalisch. „Kladderadatsch!" klang plötzlich Kalischs laute Stimme durchs Lokal. „Kladderadatsch!" riefen die beiden Zechgenossen ihm unwillkürlich nach, als die Scherben ihrer den Händen entfallenen Gläser unter den umgestürzten Tisch im Rebenblut klirrend mit den Scherben der zerbrochenen Weinflaschen sich mischten. Ein Hund hatte in wilder Jagd das ganze Unheil angerichtet und dann eiligst das Weite gesucht. Diese groteske Wirtshausszene zeigte ein unerwartetes literarisches Ergebnis, indem das neue Witzblatt politisch satirischen Charakters, das Hofmann und Genossen gerade dabei waren, herauszubringen, den Namen „Kladderadatsch" erhielt. Die erste Nummer des Blattes, das geschaffen ward, um der empfänglichen, freiheitberauschten Welt den Spiegel vorzuhalten und ihr den Widerspruch der Wirklichkeit mit dem Ideal, die Irrungen und Verkehrtheiten des Staats- und Gesellschaftslebens schonungslos durch Wort und Bild klar vor Augen zu führen, wurde am Sonntag, den 7. Mai 1848, herausgegeben und mit begeistertem Jubel von der Bevölkerung aufgenommen. Es unterliegt keinem Zweifel und es ist von den Männern, die dem „Kladderadatsch" seine innere Gestaltung gegeben haben, stets bereitwilligst anerkannt worden, daß das Blatt, ohne eine Persönlichkeit wie sein Verleger Albert Hofmann an der Spitze, niemals zu der Lebensfähigkeit und der großen Bedeutung hätte gelangen können, die es tatsächlich erreicht hat. Unerschrocken und zäh in der Verfolgung seines Ziels, taktvoll und klug im Handeln, hat Hofmann es verstanden, die so oft in Banden geschlagene Freiheit seines Schützlings immer von neuem bei den Behörden zu erwirken und das mehr als einmal beschlossene Todesurteil über den „Kladderadatsch" von diesem abzuwenden. Er scheute dabei auch nicht Gefahren persönlicher Verfolgungen. Es war ihm, der des Blattes spätere Größe und dessen Eigenschaft als eine Quelle bedeutenden materiellen Gewinnes nicht voraussehen konnte, eine Ehrensache, das Blatt, an dem er mit allen Fasern seines Herzens hing, um der Sache selbst willen und als eine Verteidigungswaffe für die Lebenshaltung des liberalen Gedankens zu bewahren und weiterzuführen. Aber nicht nur als Verleger, sondern auch schriftstellerisch hat Hofmann für den „Kladderadatsch" gewirkt: die „Zwickauerbriefe" z. B. mit der bekannten Ueberschrift „Mein lieber mon cher ami!" stammen aus seiner Feder. Neben seinem Wirken für den „Kladderadatsch" gründete Albert Hofmann noch eine Reihe anderer publizistischer Unternehmungen; außerdem führte seine Buchverlagstätigkeit dem nationalen Büchermarkte zahlreiche wertvolle Gaben zu, die zum Teil Gemeingut des deutschen Volkes geworden sind. Es sei hier nur an seine treffliche wohlfeile „Sammlung von Klassikern des In- und Auslandes" erinnert. Am 19. August 1860 ist Albert Hofmann im Alter von 68 Jahren gestorben. Wie Hofmann, so sind sie alle dahingegangen: Kalisch, Dohm, Trojan, Scholz und wie sie sonst alle heißen, die den ersten, festen und lange dauernden Stamm in der Leitung des „Kladderadatsch" bildeten, aber die alte Tradition ist auch noch lebendig geblieben, und das Erbe Albert Hofmanns ruht in guten Händen.

□ **Die Dampferverbindung durch das Nördliche Eismeer.** Die seit einigen Jahren durch eine norwegische Gesellschaft im Sommer aufrechterhaltene Dampferverbindung durch das Nördliche Eismeer konnte im letzten Jahre nicht durchgeführt werden. Zwar ging, wie der „Prometheus" berichtet, im Juli ein Dampfer mit Ladung von Newyork ab, doch stieß er gegen Ende des Monats in der Jugor-Straße und im Karasund auf so viel Eis, daß er nach Archangelsk zurückkehren mußte. Ein zweites Mal fuhr er dann im August ab, und diesmal sollte die Durchfahrt zur Jenißeinmündung versucht werden. Das Schiff geriet aber auf eine bisher unbekannte Sandbank, von der es erst nach Abwerfen eines großen Teiles der Ladung wieder flott gemacht werden konnte. Endlich da man keine Besserung der Eisverhältnisse feststellen konnte, mußte der Dampfer endgültig nach Archangelsk zurückfahren. Während mehrfache Stimmen laut wurden, die erklärten, daß dies ein Beweis für die Unmöglichkeit einer regelmäßigen Verbindung durch das Nördliche Eismeer sei, hält der „Prometheus" diese Ansicht durchaus nicht für richtig. Es sollen vielmehr der Mangel an richtigen Eislotsen und die mangelhaften Eisbeobachtungen die Störung verursacht haben, im Prinzip aber kann diese nördlichste regelmäßige Schiffahrtslinie als praktisch durchaus möglich betrachtet werden.

□ **Acht Millionen Meter Films.** Nach einer von der Fachzeitschrift „Lichtbild-Bühne" veröffentlichten Statistik wurden im Jahre 1917 1193 Films (gegen 1306 im Jahre 1916) mit zusammen 819 932 Negativ-Metern von der Berliner Zensur geprüft. Hiervon waren 1064 Films mit 737 636 Metern deutschen Ursprungs und 129 Films mit 82 296 Metern ausländisches Fabrikat. Die ausländischen Films sind gegenüber dem Vorjahre um 348 Films zurückgegangen, ein Umstand, der allein auf die strengen Einfuhrverbote zurückzuführen ist. Da in Deutschland durchschnittlich von jedem Film-Vorwurf zehn Exemplare verkauft werden, so beträgt der Filmverbrauch zirka acht Millionen Meter, die einen Wert von vielleicht 24 Millionen Mark repräsentieren. Der Verkauf deutscher Films nach dem Ausland ist infolge des Krieges sehr beschränkt und läßt sich vielleicht annähernd auf 10 Exemplare, d. h. mit 7½ Millionen Metern annehmen.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

* **Deutsche Kunst Darmstadt 1918.** Es wird uns geschrieben: Die vor kurzem in Darmstadt unter dem Schutze des Landesherrn neu begründete „Hessische Gemeinschaft für Kunstpflege" tritt in diesem Sommer mit einer Ausstellung für die Malerei, Plastik und Graphik auf den Plan, die am Pfingstsamstag (18. Mai) auf der Mathildenhöhe unter dem Namen „Deutsche Kunst Darmstadt 1918" eröffnet wird und 5 Monate dauern soll. Die Ausstellung wird ausschließlich aus Werken eingeladener Künstler bestehen. Eine große Zahl erster deutscher Künstler aller Richtungen wird mit starken Werken aus neuester Zeit vertreten sein. Dem Unternehmen wird daher in weitesten Kreisen mit besonderem Interesse entgegensehen.

* **Kleine Mitteilungen.** Wie die „B. Z. am Mittag" berichtet, ist Max Reinhard von dem Oberkommando in den Marken für den geplanten Umbau des Zirkus Schumann, der zu einer Bühne für Massenaufführungen umgewandelt werden sollte, die Erlaubnis nicht erteilt worden; sie soll während der Kriegsdauer überhaupt nicht erteilt werden. — Aus Königsberg i. Pr. wird gedrahtet: Der Landschaftsmaler Professor Olaf Jernberg, Lehrer an der Königsberger Kunstakademie, ist als Leiter der Landschaftsklasse an die Berliner Kunstakademie berufen worden. — Die große Gustav-Adolf-Sammlung des schwedischen Vizekonsuls O. Planet, die viele auf die Schlacht bei Lützen und den Heldentod Gustav Adolfs bezügliche Stücke enthält, wurde von der Universität Upsala für 100 000 ℳ angekauft.

muß. Daß wir alles Anrecht hätten, uns eine Entschädigung auszubedingen, hat Dr. Stresemann noch vor kurzem im Reichstage überzeugend nachgewiesen. Ob aber unsere Unterhändler die Gunst der Stunde bis zur vollen Möglichkeit ausgenutzt haben oder nicht, mit der Einbeziehung Rumäniens in den Kreis des Friedens erwachsen unserer Volkswirtschaft und unserem Handel wieder neue langentbehrte Gelegenheiten. Neben der Ukraine ist Rumänien die beste und fruchtbarste Getreidegegend Europas. Aus diesen Kornkammern kam in Friedenszeiten ein großer Teil des Brotes, das die andern weniger getreidereichen Staaten für ihre Bevölkerung brauchten. Ein eiserner Ring sollte uns davon abschneiden und hat uns während der Kriegsjahre tatsächlich den größten Teil der Schätze ferngehalten, die sich dort anhäuften. Jetzt ist der Ring gesprengt, und während in all den Hauptstädten unserer Feinde, selbst Newyork und Washington nicht ausgeschlossen, das Hungergespenst umgeht, öffnen sich uns die Türen, durch die wir im Laufe der nächsten Monate willkommene Vorräte erwarten können, treten die Länder mit uns wieder in Handelsbeziehungen, auf deren fruchtbarer Erde all das in Fülle wächst, was wir zu unseres Leibes Nahrung und Notdurft bedürfen. Schon das ist ein Strafgericht über jene Staatsmänner, die uns durch die Schrecken des Hungers zur Unterwerfung zwingen wollten! Rumänien ist wirklich ein Wendepunkt geworden, aber anders als es unsere Gegner dachten.

* * *

Berliner Preßstimmen.

() Berlin, 7. März. Der Vorfriede mit Rumänien findet nicht in der gesamten Berliner Presse zustimmende Aufnahme. Einige Blätter vermissen die Kriegsentschädigung, die Rumänien auferlegt werden müßte. Wie man von der Forderung einer Kriegsentschädigung Abstand nehmen konnte, ist, so meint die „Kreuzzeitung", um so unverständlicher, als alle Bedingungen für Zahlung einer Entschädigung gegeben waren. Ueberall wäre sie als durchaus gerecht empfunden worden. Wenn eines der kriegführenden Länder, so war Rumänien imstande, sie aufzubringen. Wir hatten die Macht, diese Forderung zu erzwingen. An das unglückselige Programm des annexions- und entschädigungslosen Friedens haben wir uns ohnehin nicht gehalten, wird Rumänien doch zur Abtretung der Dobrudscha an Bulgarien gezwungen. Weshalb müssen gerade wir leer ausgehen, die wir doch wahrlich ein gut Teil der Arbeit bei der Niederwerfung Rumäniens geleistet haben?

Auch die „Vossische Zeitung" findet, daß der Friede mit Rumänien milde ausfällt: Man wird über die Einzelheiten des Friedens und über seine weltpolitische Bedeutung und Auswirkung erst dann sprechen können, wenn der endgültige Friedensvertrag und seine einzelnen Bedingungen vorliegen. Aber schon heute darf man sagen, selbst, wenn man annimmt, was wir für selbstverständlich halten, daß Rumänien weitgehende wirtschaftliche Verpflichtungen auferlegt werden, daß dieses Land einen Frieden erhalten hat, der recht milde erscheint, wenn man an die schamlose Art denkt, wie dieses Land sich an den Meistbietenden, nicht einmal, sondern mehrfach Meistbietenden verschacherte. Daß es die Dobrudscha herausgab, war das Mindeste, dessen es sich versehen mußte.

Englische Sorgen wegen der Offensive.

DK. Der militärische Mitarbeiter der Londoner Wochenschrift „The World" schrieb am 15. Januar: „Haigs Verluste haben während zweier Offensiven nach den Veröffentlichungen des „War Office" eine Million Toter überstiegen. Es war unvermeidlich, daß die englischen Truppen zur Offensive übergingen, und alle Offensiven sind sehr kostspielig. Diese Tatsache aber macht es dem Oberkommando besonders zur Pflicht, das Leben auch nicht eines einzigen Schützen zu verschwenden. Viele unserer Offensiven, unter denen die Cambraischlacht nur eine ist, haben gezeigt, daß sicher in sehr bedeutenden Fragen unsere Heeresleitung hinter der deutschen zurücksteht. Andererseits aber darf man nicht annehmen, daß die Gesamtvorwürfe allein auf Sir Douglas Haig fallen. Das französische Oberkommando hat auch seinen Anteil an der Verantwortung. Das Kriegsglück der letzten vier Feldzugsjahre zu wenden, ist ein gigantisches Unternehmen. Tatsächlich sind die Deutschen großenteils auf dem entscheidenden Operationsgebiet jetzt für uns viel gefährlicher, als sie es während ihres Rückzuges von der Marne im September 1914 waren. Eine große Offensive ist in Vorbereitung, und es wäre geradezu Wahnsinn, anzunehmen, daß sie fehlginge. Im Gegenteil, sie wird zweifellos von Erfolg begleitet sein. Sie wird wahrscheinlich die letzte im Kriege sein, denn die ungewöhnlichen Verluste, die auf beiden Seiten erlitten worden sind, haben einen solchen Umfang angenommen, daß kein möglicher militärischer Erfolg eine Fortsetzung dieses Gemetzels aufwiegen könnte. Es ist darum Pflicht des Kriegskabinetts, in solch einer Krise die Lage so sorgfältig wie möglich zu erwägen, und sich selber dagegen zu sichern, daß der entscheidende Feldzug von 1918 nicht durch unzureichende Führung beeinflußt wird."

John Edward Redmond,

der irische Politiker, dessen Tod im heutigen Mittagsblatt gemeldet wurde, war 1856 als Sohn eines Parlamentsabgeordneten geboren. Er wurde in Clongowes erzogen, studierte in Dublin und wurde 1886 Rechtsanwalt. Schon 1881 ins Unterhaus gewählt, trat er der Homerulepartei bei und beteiligte sich aufs eifrigste an deren Agitationen innerhalb und außerhalb des Parlaments. 1886 unternahm er zu diesem Zweck eine Reise nach Australien, um die dort lebenden Irländer für die Sache der Partei zu gewinnen, und brachte von dort große Geldsummen heim. 1888 gehörte er zu den Angeklagten in dem Parnellprozeß. Bei der Spaltung der irischen Partei im Dezbr. 1890 blieb Redmond Parnell treu, wurde 1891 nach Parnells Tode zum Führer seiner Anhänger und 1900 von den wieder vereinigten irischen Parlamentsmitgliedern zum Führer der Nationallistischen Partei gewählt.

Der nun verstorbene Irenführer war eine höchst eigenartige Persönlichkeit, ein kluger, aber dabei verschlossener und verschlagener Politiker, der immer zwei Eisen im Feuer hielt. So hat er sich z. B. im Parlament immer gegen die Auslegung gewehrt, daß Homerule, wie die Engländer behaupten und fürchten, Trennung vom Reiche bedeute. Außerhalb des Hauses sagte er aber: „Die englische Regierung Irlands ist unkonstitutionell und fürwahr so verderblich, daß sie eine Trennung rechtfertigen würde." Oder er wehrte sich gegen den Vorwurf, ein Klerikaler zu sein, schickte aber seinen Sohn nicht ins Trinity College, das er einst selbst besucht hatte, weil es keine katholische Universität ist. Er wurde von der einen Seite schließlich als Klerikaler, von der anderen Seite als Antiklerikaler heftig bekämpft. Die „Sinn-Feiner", die „Irland für die Iren" auf ihre grüne Fahne geschrieben haben, haßten Redmond wie ihren Todfeind; die anderen Iren folgten ihm durch dick und dünn. Sein Tod wird ohne Zweifel der Sinn Feiner-Bewegung zugute kommen und bedeutet daher einen schweren Schlag für die englische Regierung, mit der Redmond immer eine Verständigung angestrebt hatte.

Die Japaner in Sibirien.

bz. Berlin, 6. März. Der römische „Secolo"-Korrespondent vernimmt aus autorisierter japanischer Quelle in Rom (japanische Botschaft), daß Japan keinerlei Vorbereitungen zu einer militärischen Aktion gegen europäische Mächte, auch nicht gegen Rußland treffe. Japan bleibe im innereuropäischen Konflikt völlig neutral. Ostsibirien sei schon seit langer Zeit japanisches Interessengebiet, und Japan wolle nur eine Zumauerung seiner Interessensphäre verhindern. Kriegerische Maßnahmen seien aber auch zu diesem Zweck durchaus nicht in Aussicht genommen.

bz. Berlin, 6. März. Der „Herald" meldet aus Tokio: Die japanische Regierung hat die Auslandssperre für politische Telegramme angeordnet. Die japanischen Häfen und der koreanische Hafen Fusano sind seit Sonntag mittag gesperrt.

Deutsch-holländische Verhandlungen.

WTB. Haag, 6. März. Amtlich wird gemeldet: Das Ministerium des Aeußern teilt mit, daß die deutsche Regierung die Zulassung einer niederländischen Kommission wegen Bedarfs von Sand und Kies für bürgerliche Zwecke im besetzten Belgien und in Nordfrankreich untersuchen sollte, abgelehnt habe. Die deutsche Regierung sei bereit, vorläufig von der Zufuhr von Sand und Kies abzusehen, um der niederländischen Regierung Schwierigkeit zu ersparen, sie bleibt aber auf ihrem Rechtsstandpunkt und behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Warenaustausch-Konferenz der nordischen Königreiche.

WTB. Kopenhagen, 6. März. Das Ritzaubüro meldet, daß in Kopenhagen vom 24. Febr. bis 5. März eine skandinavische Warenaustauschkonferenz stattfand, in der die Delegierten der drei Länder gleichlautende Vorschläge zur Aufrechterhaltung und Fortsetzung des Warenaustausches machten. Die Konferenz schlägt vor, ständige Delegationen für die Fortsetzung der Verhandlungen zu ernennen und ständige Büros zu errichten. Dänemark sichert Norwegen beträchtliche Mengen Butter, Fleisch, Käse, Zucker, Eier, verschiedene Wurzelgewächse, verschiedene Sämereien, Speck und gewisse Rohstoffe für die Industrie zu. Um dem Kalimangel Norwegens teilweise abzuhelfen, hat Dänemark für die gegenwärtige Konsumperiode 200 000 Tonnen zur Verfügung gestellt. Norwegen hat seinerseits Dänemark eine beträchtliche Menge Heringe und norwegischen Salpeter zur Verfügung gestellt, ferner verschiedene chemische Produkte und Erze, sowie Mineralien. Schweden stellt Dänemark beträchtliche Mengen Stahlwaren, Holz, Maschinen, Papier und Terpentin zur Verfügung.

Griechenland.

bz. Berlin, 6. März. Der „Corriere" meldet aus Athen: Das Parlament beschloß mit einer Zufallsmehrheit, die Maßnahmen der Regierung im europäischen Konflikt nicht zu billigen. Man erwartet, daß der Beschluß in den nächsten Tagen seine Berichtigung erfährt. Immerhin ist eine ziemlich beträchtliche Opposition in der Kammer gegen die jetzige Regierung erwiesen.

Aus dem Reich.

Die Wahlrechtsreform in Preußen.

* Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei tritt nächsten Sonntag in Berlin zusammen. Paasche referiert über die innere Politik, Stresemann über die äußere. Die eigentliche Aufgabe des Zentralausschusses ist die Stellungnahme zur preußischen Wahlreform. Der Vorstand des Zentralausschusses soll sich bereits, wie das „Berliner Tageblatt" wissen will, mit Neunzehntel-Mehrheit für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen haben.

Es ist jetzt laut „Frankf. Ztg." kein Zweifel mehr, daß für die auf dem gleichen Wahlrecht begründete Lösung der Reform eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus gesichert ist. Auch die Zahl der Freikonservativen, die für das gleiche Wahlrecht eintreten, nimmt zu, und die Konservativen geben sich über den Ausgang der Sache auch keinen Illusionen mehr hin.

*

* **Reichs-Kinosteuer in Sicht?** Wie die Fachzeitschrift „Lichtbild-Bühne" aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll sich unter den Steuerplänen der Reichsregierung, die erst zu Ostern bekannt gegeben werden, der Plan einer Reichskinosteuer befinden. Mit Rücksicht darauf haben, wie die „L.-B.-B." weiter meldet, die Groß-Berliner Gemeindebehörden von einer Erhöhung der städtischen Kinosteuer, die von verschiedenen Kämmerern in Aussicht genommen war, abgesehen.

Die Aufgaben Dr. Helfferichs.

() Berlin, 6. Febr. In der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses am 5. März sind von verschiedenen Seiten Anfragen über die dem Staatsminister Dr. Helfferich übertragenen Aufgaben gestellt worden. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Freiherr von Stein, hat diese Anfragen eingehend beantwortet. Da die Presseberichte über seine Antwort unvollständig und zum Teil nicht ganz zutreffend sind, geben wir nachstehend die wesentlichsten Punkte wieder: 1. Der Reichskanzler hat den Staatsminister Dr. Helfferich nach seinem Ausscheiden aus seinen früheren Aemtern gefragt, ob er bereit sei, die im Interesse der Friedensvorbereitungen dringend erforderliche einheitliche Zusammenfassung der Vorarbeiten der Ressorts für den wirtschaftlichen Teil der Friedensvorbereitungen zu übernehmen. Staatsminister Dr. Helfferich hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag zu übernehmen, und zwar im Ehrenamt und unter Ausschluß irgend einer Besoldung oder Vergütung für seine Tätigkeit. 2. Der Staatsminister Dr. Helfferich ist für die Erledigung der ihm übertragenen Aufgaben keinem einzelnen Ressort angegliedert; er ist vielmehr unmittelbar dem Reichskanzler beigegeben und arbeitet unter dessen unmittelbarer Verantwortlichkeit. 3. In die inneren Verhältnisse und den Aufgabenkreis der Ressorts greift die Aufgabe des Staatsministers Dr. Helfferich nicht ein. Sein Auftrag geht vielmehr dahin, die Vorarbeiten der Ressorts für die wirtschaftlichen Friedensverhandlungen bei sich zu sammeln, sie auf ihre Vollständigkeit zu prüfen, etwa notwendige Ergänzungen zu veranlassen und auseinandergehende Wünsche in Uebereinstimmung zu bringen. 4. Das für die Bearbeitung der von ihm übernommenen Aufgaben erforderliche Personal wird dem Staatsminister Dr. Helfferich von den Ressorts zur Verfügung gestellt. Zurzeit sind ihm drei höhere Beamte sowie die entsprechende Anzahl von mittleren und unteren Beamten beigegeben. Die Gelder für die sachlichen Unkosten, darunter die Miete für die erforderlichen Büroräume, werden vom Kriegsfonds auf Anfordern der Reichskanzlei dem Staatssekretär Dr. Helfferich zur Verfügung gestellt.

Badische Politik.

Die Zulassung von Männerklöstern.

* Karlsruhe, 7. März. Ueber die Zulassung einiger Männerklöster scheinen laut „Straßburger Post" die seit längerer Zeit mit dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg gepflogenen Verhandlungen dem Abschluß nahe zu sein, sodaß die Zulassung, über die nach Lage der Gesetzgebung die Regierung von sich aus entscheiden kann, nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch den Landtag in Bälde zu erwarten sein wird.

Badischer Landtag.

86. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

△ Karlsruhe, 7. März.

Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr 15 die Sitzung und gab die Einläufe bekannt. Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Beratung des

Voranschlags des Ministeriums des Innern.

Abg. Kurz (Soz.): Als größter Feind der Landwirtschaft wird heute nicht mehr die Sozialdemokratie betrachtet, sondern der Kommunalverband. Aber auch die Arbeiterschaft wird durch die Kriegsmaßnahmen eingeengt. Der zwischen Stadt und Land bestehende Kontrast wäre nicht so groß, wenn nicht von beiden Seiten die Saiten so straff angezogen würden. Ein großer Teil der Landwirte sträubt sich gegen die Kriegsmaßnahmen mit allen Mitteln und das sind meistens diejenigen, die glauben, das Christentum in Erbpacht genommen zu haben. (Lebhafte Zwischenrufe im Zentrum: Abg. Schell: Das tun andere auch; Abg. Weiß: Das tun sie nicht als Christen; Abg. Dr. Schofer: Schwindel. Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Der statistischen Aufnahme stehen die Landwirte mit Mißtrauen gegenüber und sie mogeln deshalb, weil sie glauben, es handle sich um Steuermaßnahmen. Die Landwirtschaft wird sehr zu arbeiten haben, daß sie ihr altes Renommee wieder erhält. Für den Antrag Muser auf Streichung des Zuschusses an die Landwirtschaftskammer werden wir nicht stimmen, weil wir glauben, damit den kleinen Landwirten nicht zu nützen.

Abg. Morgenthaler (Ztr.) bezeichnete die Höchstpreise für Obstbranntweine als ungenügend. Der Redner protestierte gegen die Ausführungen des Abg. Kurz, daß die christlich gesinnten Landwirte gegen die Kriegsmaßnahmen in besonderer Weise verstoßen.

Abg. Ziegelmayer (Ztr.) führte aus, daß Ueberschreitungen der Kriegsmaßnahmen durch die Landwirte verhältnismäßig nicht häufig vorkommen und verlangte eine reichliche Abgabe von Laubstreu an die Landwirte. Die Gewinne habe die Landwirtschaftskammer nicht für sich gemacht, sie werde sie wieder für die Allgemeinheit verwenden. Die Anpflanzung der Amerikanerrebe sollte gestattet werden. Die Regierung sollte dem Tabakbau mehr Aufmerksamkeit schenken.

Abg. Bitter (natl.): Die bäuerlichen Kreise befinden sich in Sorge, die russischen Gefangenen würden ihnen infolge des Friedensschlusses mit Rußland jetzt schon entzogen werden. Es wäre zu wünschen, wenn die Regierung eine beruhigende Erklärung abgeben könnte. Die Mißstände bezüglich der Preise der Milch- und Einlegschweine drängen auf unbedingte Abhilfe. Dem Staatszuschuß für die Landwirtschaftskammer stimme ich zu. Die Mühlenkontrolle seitens des Reiches wirkt oft verbitternd. Die Rindviehversicherung sollte zwangsweise eingeführt und das Tuberkulosetilgungsverfahren ausgebaut werden. Der Kampf gegen die ungeheuer schädliche Schweinepest muß verstärkt werden. Die höchste Rente muß aus der Viehwirtschaft im Interesse unseres Volkes herausgeholt werden. Staatliche Mittel zur Anschaffung von Farren, Errichtung von Tummelplätzen usw. sind zu fordern.

Abg. Sidler (natl.): Der Amtsvorstand von Sinsheim hat sich mit Erfolg bemüht, die Härten bei der Ausführung der Kriegsverordnungen abzuschwächen. Früher ist es einmal vorgekommen, daß die Frage, ob die Gockel auch Eier legen sollen, dahin beantwortet wurde, die Frage soll vom Bezirkstierarzte entschieden werden (Heiterkeit), so etwas kommt heute aber nicht mehr vor. Sehr zu begrüßen wäre es, wenn die Abfallstoffe, wie Kleie, baldmöglichst den Landwirten zugeführt würden. Nicht begriffen wird es, daß für die landwirtschaftlichen Produkte Höchstpreise bestehen, für die industriellen Produkte aber nicht. Die Erklärung des Ministers über den Ersatz der Arbeitskräfte hat beruhigt, aber trotzdem wäre es zu wünschen, wenn die unter der Fahne stehenden Landwirte ausreichend zur Saatzeit beurlaubt würden. In Bayern sind die älteren Jahrgänge zurückgezogen, bei uns noch nicht. Dies könnte bei uns ebenfalls erfolgen. Die Forstämter sollten den Gemeinden in ausreichendem Maße Laubstreu zuweisen. Im Bezirke Sinsheim macht sich bei der Feldarbeit der Mangel an Schuhwerk empfindlich geltend. An den Fortbildungsschulen sollte landwirtschaftlicher Fachunterricht erteilt werden.

Abg. Spang (Ztr.): Es macht den Eindruck, als ob man vom Norden her die süddeutsche Brennerei ruinieren wollte. Den Antrag Muser auf Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer lehnen wir ab, weil die Kammer eine Interessenvertretung der Landwirtschaftskammer sein soll und wir schon genug Manschettenbauern darin haben. Die Ausführungen des Abg. Kurz über Landwirte und Christentum sind zu bedauern, weil durch sie der Gegensatz zwischen Stadt und Land erweitert wird.

Abg. Muser (F. V.) zog seinen Antrag auf Streichung des Staatszuschusses an die Landwirtschaftskammer zurück.

Abg. Engelhardt (Ztr.) regte an, den Landwirten, die infolge der Urlaubssperre ihren Urlaub nicht antreten konnten, doch noch zu ermöglichen, in Urlaub zu gehen. Der Obstbau sollte gefördert werden. Der Qualitätsbau im Weinbau sollte erhalten werden. Den Anträgen des Abg. Seubert stimme ich zu.

Abg. Krauth (natl.): Den anerkennenden Worten für die Landwirtschaft schließe ich mich an. Zum Durchhalten während des Krieges war es notwendig, daß alle Nahrungsmittel erfaßt werden. Das hat manchmal zu Verstimmungen geführt. Ein Gegensatz zwischen Stadt und Land wäre vom Uebel, denn beide gehören zusammen. Die Regierung muß bestrebt sein, die Landwirtschaft, auch die im Odenwald, zu fördern. Es werden Schweine geschlachtet, bevor sie reif sind. Die Regierung sollte bestrebt sein, daß der durch diese Maßnahme angerichtete Schaden auf das geringste Maß beschränkt wird.

Abg. Schirmeister (Ztr.): Die Gewinne in der Landwirtschaft werden überschätzt. Was der Abg. v. Gleichenstein über den Weinbau gesagt hat, muß ich unterstützen. Die Ausführungen des Abg. Kurz sind zu bedauern, sie vertiefen die Gegensätze zwischen Stadt und Land.

Abg. Strobel (Soz.): Eine Ermäßigung der Vieherzeugerpreise sollte angestrebt werden. Die Sozialdemokratie ist keine Feindin der Landwirtschaft, der Krieg wird aber zeigen, daß die Sozialdemokraten auf landwirtschaftlichem Gebiete ebenfalls recht hatten. Mit seinen Ausführungen wollte Abg. Kurz nicht das Christentum, sondern die Heuchler treffen. Den Antrag Seubert, auf Genehmigung der Entnahme des Alkohols der Roßkartoffeln, lehnen wir ab. Dem Antrag Muser auf Einräumung von Vertretern der Städte in der Landwirtschaftskammer stimmen wir zu.

Abg. Graf (Ztr.): Die Berufsfreudigkeit der Landwirtschaft muß gehoben werden, dies kann durch ausreichende Preise erfolgen. Dem Antrag Muser werde ich nicht zustimmen. Ich bitte Sie, für den Antrag des Zentrums zu stimmen.

Abg. Rösch (Soz.): Die Antwort der Regierung auf die Interpellation Seubert war vollständig ungenügend. Der Anregung, die Amerikanerrebe zu berücksichtigen, kann ich mich anschließen.

Abg. Weißhaupt (Ztr.): Die Topinambur braucht man jetzt nicht zur Ernährung, sie ist zur Verfütterung freigegeben. Man sollte darum das Brennen der Topinambur gestatten. Der Antrag Muser ist unhaltbar, weil die Landwirtschaftskammer als eine Interessenvertretung geschaffen wurde. Wenn man das Material, das Kraftfutter, was die Städte verwandt haben, den Landwirten gegeben hätte, wäre damit mehr produziert worden, als durch die Städte. Mit denselben Gründen, aus denen Abg. Muser eine Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer verlangt, könnten die Bauern auch eine Vertretung in der Handwerkskammer, in der Handelskammer und in der Anwaltskammer verlangen.

Abg. Hertle (R. V.): Im vorigen Jahre ist zu wenig Kupfervitriol verteilt worden, deshalb konnte nicht genügend in den Rebbergen gespritzt werden. Dem Weinbau in der Schüpf- und Taubergegend sollte mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Der Höchstpreis für Lupinensamen ist zu niedrig. Der Rückgang des Hanf- und Flachsbaues

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

erfolgte, weil Hanf und Flachs nicht genügend durch Zölle geschützt wurde. Für den Zollschutz ist ein lückenloser Zolltarif notwendig. Dem Antrag Seubert stimmen wir zu, den Antrag Muser lehnen wir ab. Die städtischen Güter wirtschaften nicht so billig, wie die Landwirtschaft. Auf dem hiesigen städtischen Gute sollen große Mengen Kartoffeln verdorben sein.

Abg. Müller-Weinheim (natl.) machte eine persönliche Bemerkung.

Abg. Kurz (Soz.) wandte sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Abg. Spang, worauf dieser erwiderte.

Präsident Kopf teilte mit, daß die Schulkommission den Abg. Dr. Bernauer als Vorsitzenden gewählt habe.

Das Haus vertagte sich auf morgen vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache und Gesetzentwurf über die Amtsdauer der Bezirksräte.

Schluß 1 Uhr.

* * *

Aus der Ernährungskommission.

B. L. C. Karlsruhe, 6. März. In der Ernährungskommission der Zweiten Kammer wurde bei Besprechung der Denkschrift der bad. Regierung über die Maßnahmen während des Krieges darauf hingewiesen, daß sich eine auffallende Verschiedenheit, je nach Größe der einzelnen Städte, bei den Goldankaufsstellen ergeben habe und eine etwas größere Opferwilligkeit von solchen, die noch zurückbleiben bemerkt wurde. Bei der Besprechung der Prägung von Kriegsmünzen wurde die Ausprägung von Aluminium-Pfennigen bemängelt. Nach Besprechung der Tätigkeit der Darlehnskassen insbesondere derjenigen für die Zeichnungen von Kriegsanleihen und der Beteiligung der Sparkassen an den Kleinwohnungsfragen, wobei auch Berücksichtigung wegen Erbauung derartiger Wohnstätten an kleinen Orten gewünscht wurde, ging man zur Besprechung des Bargeldlosen Zahlungsverkehrs über. Es wurde bedauert, daß er von den Sparkassen und ähnlichen Anstalten nicht durchweg gepflegt wird, auch von den Geschäftsleuten sollte er mehr verwandt werden. Es wurde gewünscht, daß Zinsscheine der Reichsanleihen auch von Stationen der bad. Staatseisenbahnen beim Verkaufe von Fahrkarten in Zahlung genommen werden sollen. Ausgiebig verbreitete man sich über die Notlage der Hausbesitzer und über ihr Verhältnis zu den Hypothekengläubigern und den Mietern, wobei man möglichste Schonung und Rücksichtnahme und Hilfe für beide Teile verlangte. Bei der Fürsorge für Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen wurde auf die ungleichmäßige Unterstützung einzelner Gemeinden aufmerksam gemacht und gewünscht, daß der Staat einen größeren Teil der Lasten für die Kriegswohlfahrtspflege übernehmen solle.

* * *

Kommission für Justiz und Verwaltung.

B. L. C. Karlsruhe, 6. März. Die Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer des Landtags behandelte den Gesetzentwurf der Regierung über die Amtsdauer der Mitglieder der Bezirksräte. Der Gesetzentwurf will die Amtsdauer der Bezirksratsmitglieder über die Kriegszeit hinaus verlängern. Die Kommission nahm den Entwurf in der Regierungsfassung an. Ferner wurde der Antrag Kopf und Gen. über die Dienst- und Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten angenommen. Der Antrag bezweckt, daß die Regierung den schon früher vom ganzen Hause gewünschten Entwurf eines Gemeindebeamtengesetzes verleiht, das dann später Bestandteil der abgeänderten Gemeindeordnung werden soll und jedenfalls Anstellung, Kündigung, Probezeit regelt, außerdem Gehalts- und Dienstordnung, Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge und dienstpolizeiliches Verfahren in ihren Grundsätzen festlegt und Mindestsätze für die Gehälter der Gemeindebeamten schafft und Beitragsleistung für die Gemeinden vorsieht, die weniger leistungsfähig sind. Die Annahme des Antrages erfolgte einstimmig. Die Regierung ist mit der Schaffung eines solchen Gesetzes grundsätzlich einverstanden; sie hat einen Entwurf schon aufgestellt, der von beteiligten Verbänden begutachtet wurde. Die Aufstellung von Gehaltsrahmen nach württembergischem Muster für das ganze Land würde Schwierigkeiten begegnen. Allgemeine Beschlüsse nach der Bevölkerungszahl würden selbst bei kleinen Sätzen außerordentliche hohe Aufwendungen erfordern. Es wurde dagegen vorgeschlagen, daß von dem Staat noch weitere Beträge für Gemeindebeamten zur Fürsorgekasse geleistet werden und daß alle Gemeindebeamten und -Bediensteten in diese aufzunehmen seien. Die Beitragsleistung des Staates für Wahrnehmung von Geschäften des Staates wurde von diesem grundsätzlich abgelehnt.

*

Der Haushaltsausschuß der Ersten Kammer

hat am 6. März den Voranschlag des Großh. Staatsministeriums beraten; Berichterstatter Präsident Dr. Glockner.

Zum Titel Außerordentlicher Zuschuß zur Zivilliste wurde der Beschluß gefaßt, die Großh. Regierung sei zu ersuchen:

1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und
2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Zivillistenverwaltung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung dem Landtag vorzulegen.

Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beschloß der Ausschuß, den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten, der Beamten und Lehrer, sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten.

Weiter wurde beschlossen, künftighin der Presse kurze Berichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen.

Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angeregte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Ausschuß sich von jeder Animosität gegen Preußen oder partikularistischen Regungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in den von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtungen begrüßen würde.

Der Ausschuß erörterte schließlich den Plan der Errichtung eines Arbeitsministeriums, sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Aus dem Großherzogtum.

+ **Karlsruhe**, 7. März. Nach einer außerbadischen Blättermeldung soll im laufenden Frühjahr die Fortsetzung und Beendigung der im Jahre 1914 vertagten Generalsynode stattfinden. Wie wir hierzu nach Erkundigung an zuständiger Stelle erfahren, ist diese Meldung in dieser Form nicht richtig. Da die Landstände bis Mai oder Juni versammelt sein werden, ist an eine Tagung der evang. Generalsynode im Frühjahr ds. Js. nicht zu denken. Es ist vielmehr in Aussicht genommen, die Generalsynode auf Herbst 1918 einzuberufen. Sie wird das Werk der Agendenreform, sowie der Religionslehrbücher zum Abschluß zu bringen haben. Die Beschlußfassung über die Agendenreform (Neugestaltung des Kirchenbuchs, Apostolikum) war bekanntlich bei der Generalsynode 1914 ausgesetzt und auf einen späteren Termin vertagt worden.

‡ **Heidelberg**, 6. März. Die Heidelberger Kreis-Versammlung wird am 23. März tagen. Wie verlautet, soll die Kriegsumlage um 2 Pfg. erhöht werden.

⊡ **Eberbach**, 6. März. Maschinenarbeiter Clemens Sigmund, der 1915 einen Kaufmannslehrling vom Tode des Ertrinkens rettete, erhielt nach Vollendung seines 18. Lebensjahres die badische Rettungsmedaille.

⊠ **Brühl**, 6. März. Der Bürgerausschuß stimmte in seiner Sitzung am vergangenen Samstag dem aufgestellten Voranschlag für 1918 zu. Er enthält an Einnahmen 30 910 ℳ, an Ausgaben 153 803 ℳ.

-r **Seckach**, 6. März. Eine vor kurzem hier stattgehabte Versammlung der Müller der nördlichen Bezirksämter Badens ersuchte die badische Regierung und die Landstände, dahin zu wirken, daß gemäß dem Antrage der Fraktion der rechtsstehenden Vereinigung der 2. Kammer den Landwirten gestattet wird, aus dem ihnen zustehenden Getreide auch Weißmehl herstellen zu lassen.

+ **Schopfheim**, 6. März. Bei der Goldankaufsstelle hat hier ein Mann aus der Umgegend 6000 ℳ in Goldstücken abgeliefert. Hätte der Mann das Geld in Kriegsanleihe oder in anderer Weise gewinnbringend angelegt, so hätten ihm diese 6000 ℳ während der Kriegsjahre an Zinsen 1000 ℳ gebracht. Um diese hat sich also der Mann durch das Zurückhalten des Geldes betrogen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 7. März 1918.

Na. **Herstellung von Marmeladen in städtischen Obstküchen.** Schon bei Einrichtung der städtischen Kriegsspeisung war dafür gesorgt worden, daß in den Kriegsküchen nicht allein die zur Verfügung stehenden Rohstoffe in möglichst zweckdienlicher Weise zum Kochen verwendet werden konnten, sondern man hatte auch von vornherein Wert darauf gelegt, daß ein großer Teil dieser Küchen-Rohstoffe von der Stadt selbst auch für die Zeiten beschafft werden konnte, in denen es an Frischgemüse und Frischobst fehlte. So entstand auch die große städt. Dörranlage, in der große Mengen von Gemüse und Obst unter fachkundiger Leitung für die städtische Bevölkerung als Wintervorräte gedörrt und getrocknet wurden. Im Verlaufe der Zeit hat sich dann die Notwendigkeit ergeben, diese Fürsorge auch auf die Herstellung von Marmelade im eigenen Betrieb auszudehnen. Zu diesem Zwecke wurde eine der Kriegsküchen im städtischen Schlachthof benützt, nachdem vom Reichsernährungsamt und der Kriegsgesellschaft für Marmelade, der Stadt die Genehmigung zu dieser Fabrikation erteilt worden war. Da es aber nicht möglich gewesen wäre, in dieser einen Obstküche den ganzen Bedarf an Marmelade für die städtische Bevölkerung herzustellen, wurde eine weitere Obstküche für die Stadt in Renchen eingerichtet, wo das in jener obstreichen Gegend zur Verfügung stehende Obst zur Verarbeitung kam. Durch diese Maßnahmen war es möglich, eine Marmelade herzustellen, die nicht nur in Bezug auf die erforderliche Menge, sondern auch in Bezug auf Beschaffenheit in weitestem Maße den Wünschen der zu versorgenden städtischen Einwohnerschaft entspricht. Daß die in stadteigenen Betrieben hergestellte und in sorgfältigster Weise behandelte Marmelade gut ist, wurde schon allseitig anerkannt. Bis jetzt wurden von dieser städtischen Marmelade, bei der neben dem Obst nur ganz einwandfreie und nahrhafte Streckmittel zur Verwendung kamen, schon 3600 Zenter ausgegeben.

Na. **Dem Ortsausschuß des Badischen Heimatdank** wurde von Frl. Elisabeth Gutzmann der Ertrag eines am Sonntag, den 17. Februar in der Schloßkirche veranstalteten Kirchenkonzertes von 330 ℳ überwiesen. Diese reichliche Zuweisung ist dem Umstand zu verdanken, daß alle Mitwirkenden bei dem Konzert sich in uneigennützigster Weise dem edlen Zwecke zur Verfügung gestellt haben.

= **Großh. Hoftheater.** In Vorbereitung befindet sich zur Zeit das musikalische Lustspiel „Frauenlist" von Rudolf Lothar, Musik von Hugo Röhr, das in München, Leipzig und Frankfurt a. M. eine Reihe erfolgreicher Aufführungen erlebte. — Das nächste sechste Sinfoniekonzert des Hoftheaters findet am Donnerstag, den 14. März statt.

= **Fußballsport.** Die Pokalspiele des Kriegsortsausschusses am vergangenen Sonntag hatten folgendes Ergebnis: F.-K. Mühlburg und V. f. B. Karlsruhe spielen unentschieden 1 zu 1. Die 2. Mannschaft von V. f. B. gewann gegen Mühlburg II mit 10 zu 0 Toren. Der Beiertheimer Fußballverein siegte gegen Konkordia Karlsruhe mit 7 zu 1 Tor, während Germania Durlach einen knappen Sieg von 2 zu 1 gegen Südstern Karlsruhe erzwingen konnte. Der nächste Sonntag bringt ein Uebungsspiel der Städtemannschaften auf dem Spielplatze des Karlsruher Fußballvereins.

= **Abgestochene Schweine.** Zur Anzeige gelangte ein in der Oststadt wohnhafter Händler, weil er in der letzten Zeit in seiner Werkstätte zwei Schweine heimlich abschlachtete.

= **Verhaftet** wurden: ein Monteur aus Bruchsal und die Ehefrau eines Fuhrmanns aus Birkenfeld wegen Diebstahls, ein Kohlenhändler aus Offenau wegen Sittlichkeitsverbrechens, sowie ein von der Staatsanwaltschaft Landau wegen schweren Diebstahls verfolgter Fabrikarbeiter aus Landau.

Letzte Drahtberichte.

Ein neuer Brennstoff.

WTB. **Paris**, 5. März. (Havas.) Die Fachzeitung „Auto" meldet die Entdeckung eines neuen Brennstoffes, der weder Benzin noch Gas noch Spiritus enthält. Der erste Versuch fand gestern damit statt und hatte die gewünschten Ergebnisse. Ein mit 6 Personen besetzter Kraftwagen machte eine lange Fahrt in Paris und nahm die schwierigsten Steigungen ohne den geringsten Zwischenfall. Die Zeitschrift rühmt an dem neuen Brennstoff, daß er die Cylinder nicht verschmutze und keine Kohlenstoffe an den Windungen absetze. Der Verbrauch sei zweimal so gering als der von Benzin. Sein Geruch erinnere an den von Holzpflaster und sei weniger unangenehm als der von Benzin.

Die belgischen Parlamentarier.

WTB. **Le Havre**, 6. März. (Havas.) Die in Paris sich aufhaltenden belgischen Senatoren und Deputierten haben ihre in England und Holland weilenden Kollegen aufgefordert in Paris einzutreffen, um sich ihre Eindrücke mitzuteilen und ihre Meinungen auszutauschen. Die Zusammenkunft wird lediglich offiziös sein und entgegen den Behauptungen der Blätter keineswegs den Charakter einer gesetzgebenden Versammlung tragen. Die Zahl der belgischen Parlamentarier im Auslande beträgt etwa 60, d. i. ein Fünftel der Senatsmitglieder und Deputierten, die die Volksvertretung bilden.

Die ukrainischen Lieferungen.

bz. **Wien**, 6. März. Die „Neue Freie Presse" meldet, daß die ukrainische Delegation die Verpflichtung übernommen hat, bis zum 15. April d. J. an die Zentralmächte 30 000 Waggons Getreide, 2000 Waggons gefrorenes Fleisch und 1000 Waggons gedörrtes Obst zu liefern.

Eine neue Kriegskonferenz der Alliierten.

bz. **Berlin**, 6. März. Der „Matin" schreibt: Die neue Kriegskonferenz der Alliierten ist zum 28. März nach Versailles einberufen. Ihr Hauptberatungsgegenstand wird die rumänische Frage vom politischen Standpunkt aus und die Erledigung der Note Wilsons sein. Vorher dürften auch kaum größere amtliche Erklärungen in London und Paris zu dem jetzigen Stand der Dinge an der gewesenen Ostfront erfolgen.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland.

WTB. Berlin, 7. März.

Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffahrtsabkommen sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden.

In Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragschließenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft mit einander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten, noch wird es einer solchen Macht ein Servitut an sein Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sowie nach Bestätigung des Friedensvertrages gegenseitigen Verzicht auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschiffe, Wiederherstellung der Staatsverträge und der Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Ersatz für Zivilschäden. Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffahrtsvertrag unterhandelt werden.

Einstweilen werden die Verkehrsbedingungen zwischen den beiden Ländern durch ein Handels- und Schiffahrtsabkommen geregelt. Bezüglich der Privatrechte treten alle Kriegsgesetze bei der Bestätigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldenverhältnisse werden wieder hergestellt. Die Bezahlung von Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentliche Schuldendienst, wird wieder aufgenommen.

Zur Feststellung der Zivilschäden soll in Berlin eine Kommission zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird. Um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, soll der Präsident des schweizerischen Bundesrates gebeten werden.

Die kriegsgefangenen Finnländer in Deutschland und die kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald ausgetauscht, die beiderseitigen verschickten oder internierten Zivilangehörigen heimbefördert werden.

Es folgen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Zurückgabe oder den Ersatz von Kaufahrteischiffen usw.

Zur Regelung der Aalandsfrage wird bestimmt, daß die auf den Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Insel durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Zur Ergänzung des Vertrages werden binnen 4 Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragschließenden Teile in Berlin zusammentreten.

Geddes über den U-Bootkrieg und die Flotte der Alliierten.

WTB. London, 6. März. Sir Erik Geddes erklärte im Unterhause zum Flottenetat, man darf sagen, daß der Seekrieg eine Kraftprobe zwischen den feindlichen U-Booten und unseren Maßnahmen zu seiner Bekämpfung ist, die sich im Ganzen in steigendem Maße zu unserem Vorteil gewendet hat. Gelegentliche Ueberfälle auf unsere Geleitzüge und auf die englische Küste sind die natürliche Folge davon, daß der blockierte Feind versucht, die blockierende Flotte zu beunruhigen. Die Ausfahrt der „Göben" mit „Breslau" scheint ähnlichen Charakters gewesen zu sein. Die „Göben" ist noch immer ein wirksames Kriegsschiff, aber der Verlust der „Breslau" wiegt den Verlust unserer beiden gleichzeitig vernichteten Monitoren reichlich auf. Die Haupttätigkeit der britischen Flotte liegt in den heimischen Gewässern, dem Hauptfeld der Operationen der feindlichen U-Boote. Auf das Mittelmeer entfallen etwa 30 Prozent des Verlustes an Handelsschiffen. Bisher standen die dortigen Seestreitkräfte der Alliierten in den verschiedenen Abschnitten des Mittelmeers unter verschiedenen Kommandos. Jetzt haben wir auch dort eine alliierte Front durch einen Flottenrat der Verbündeten. Auf Ansuchen der griechischen Regierung helfen britische Seeoffiziere bei dem Wiederaufbau der griechischen Flotte und Werften. Die organisierten Seestreitkräfte Griechenlands arbeiten bereits sehr wirksam im Mittelmeer mit. Die alliierte Flotte wird in kurzem durch brasilianische Kriegsschiffe verstärkt werden. Das Zusammenwirken zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist vollkommen einheitlich.

Die Kurve der Handelsschiffsverluste bewegt sich noch immer in absteigender Richtung. Die Verluste des Welttonnenraumes im Februar betrugen nur etwas über die Hälfte dessen vom Februar 1917. Während der 5 Monate bis 28. Februar 1918 war der Weltschiffsraum um 10 Proz. geringer als während der entsprechenden 5 Monate im Jahre 1917.

Geddes sprach dann über die Notwendigkeit, den Schiffsbau mit allen möglichen Mitteln zu steigern. Er fuhr fort: Die feindlichen U-Boote werden in vermehrter Zahl zerstört. Die Besatzungen sträuben sich in wachsendem Maße gegen die Ausfahrt. Man nimmt an, daß einige Monate lang englische und amerikanische Streitkräfte in den heimischen Gewässern so viele U-Boote versenkt haben, wie gebaut werden konnten. Der Feind schreibt die Abnahme seiner Erfolge dem starken Rückgang der Zahl der Handelsschiffe auf See zu. Aber das ist nicht richtig. Das Geleitsystem ist erheblich entwickelt worden. Ueber 35 000 Schiffe wurden geleitet, und die Verluste waren sehr gering. Dadurch, daß in jüngster Zeit die U-Bootangriffe näher an der Küste stattfanden, konnten wir häufig den Feind durch patrouillierende Wasser- und Luftfahrzeuge angreifen. Die verbesserten Bergungsmaßnahmen haben die Wiederherstellung einer großen Anzahl beschädigter Schiffe zur Folge. Allerdings erfordert dies sehr viele Aufwendung von Arbeit und Material, die sonst dem Bau neuer Schiffe dienen konnten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Maschinenfabrik Gritzner A.-G. Durlach.** Die dem Aufsichtsrat vorgelegte Bilanz auf 31. Dezember 1917 schließt mit einem Reingewinn von 1 375 396.68 ℳ (i. V. 610 717.06 ℳ) ohne Berücksichtigung der jeweiligen Vorträge ab. Es soll der auf den 5. April ds. Js. einzuberufenden Generalversammlung vorgeschlagen werden: 675 000 Mark — 15 Proz. Dividende (i. V. 9 Proz. = 405 000 ℳ) zu verteilen, 255 000 ℳ (i. V. 100 000 ℳ) für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke zu verwenden, sowie 100 000 ℳ für Uebergang in Friedenswirtschaft und 150 000 ℳ für Kriegsgewinnsteuer in Reserve zu stellen. Auf neue Rechnung sollen 375 126.84 ℳ (gegen 340 115.13 ℳ i. V.) vorgetragen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stadtgarten-Jahreskarten betr.

Die Inhaber von Schuldverschreibungen des bad. Vereins für Geflügelzucht (sogen. Tiergartenaktien) über 100 bis 500 Gulden haben zur Erlangung der ihnen nach § 11 der Vorschriften für die Benützung des Stadtgartens zustehenden Karten ebenfalls Bestellscheine wie sie beim Gartenamt, Ettlingerstraße 6 und bei den beiden Stadtgarteneinnehmern zu haben sind, auszufüllen und diese mit ihren Schuldverschreibungen beim Gartenamt (nicht beim Hauptsekretariat) vorzulegen.

Karlsruhe, den 7. März 1918. K 6

Städt. Gartenamt.

Museum Karlsruhe e.V.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bücherausgabe im seitherigen Bibliotheksraum von **Dienstag, den 12. März an** wieder aufgenommen wird. Bibliothekstunden wie folgt:

Dienstag u. Freitag von 11—1 Uhr u. 3—5 Uhr
Mittwoch u. Samstag von 11—1 Uhr.

1281 **Der Vorstand.**

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank

Bilanz am 31. Dezember 1917.

Aktiva.		M.	₰
An Kassa- und Kupons-Bestand (einschliesslich Guthaben beim Berliner Kassenverein, beim Postscheckamt und auf Reichsbankgiro-Konto)		948 063	20
„ Bestand an unverzinslichen Schatz-Anweisungen abzügl. Diskont		2 263 835	66
„ Darlehen an Bankiers gegen Effekten-Bedeckung	M. 290 000,—		
„ Kurzfristige Darlehen an Kommunen	„ 3 035 072,92	3 325 072	92
„ Effekten-Bestand		14 023 003	—
„ Darlehen auf Hypotheken (darunter Kriegsdarlehen M. 63,000.—)		518 000	—
„ Debitoren:			
laut Konto-Korrentbuch	M. 5 631 587,24		
rückständige Zinsen . . M. 690 074,98			
am 2. Januar 1918 fällige, im Dezember 1917 gebuchte Postnumerando-Zinsen	„ 1 861 528,89		
	M. 2 551 603,32		
— Abschreibung	„ 250 000,—	„ 2 301 603,32	
		7 933 190	56
„ Hypotheken:			
Gesamtsumme	M. 447 311 983,32		
abzüglich amortisierter Beträge	„ 3 345 749,24		
	M. 443 966 234,08		
Davon			
a) Unterlage-Hypotheken		431 844 066	12
b) Freie Hypotheken		12 122 167	96
„ Kommunal-Darlehen (wovon M. 1 500 000,— im Kom.-Darl.-Register eingetragen)	M. 2 100 000,—		
abzüglich amortisierter Beträge	„ 89 812,80	2 010 187	20
„ Eigenes Bankgebäude: Vossstrasse Nr. 6 unverändert laut Bilanz per 31. Dezember 1916		500 000	—
„ Pensions-Fonds-Anlage in Pfandbriefen u. 5% Deutscher Reichsanleihe		767 593	27
„ Spar-Fonds-Anlage in Pfandbrief., 5% Deutscher Reichsanleihe u. 4½% Reichs-Schatzanweisungen		269 741	05
„ Mobilien und Utensilien		1	—
		476 524 956	

Passiva.		M.	₰
Per Aktien-Kapital eingezahlte 50,000 Stück Aktien à M. 600		30 000 000	—
„ Reserve-Fonds	M. 6 000 000,—		
„ Extra-Reserve-Fonds I	„ 1 000 000,—		
„ Extra-Reserve-Fonds II	„ 2 300 000,—		
„ Amortisations-Zuschlags-Fonds	„ 510 000,—		
„ Disagio- und Zins-Reserve	„ 3 521 808,63		
„ Agio-Reserve gemäss § 26 d. R.-H.-B.-G.	„ 107 210,55		
„ Talonsteuer-Reserve	„ 900 000,—	14 339 019	18
„ Pensions-Fonds-Reserve:			
angelegtes Guthaben	M. 767 593,27		
bares Guthaben	„ 1 446,49	769 039	76
„ Spar-Fonds der Beamten			
angelegtes Guthaben	M. 269 741,05		
bares Guthaben	„ 11 847,55	281 588	60
Pfandbriefe, im Verkehr befindlich:			
4½%ige mit 115% rückzahlbar	M. 613 300,—		
4%ige al pari rückzahlbar	„ 331 820 300,—		
3¾%ige al pari rückzahlbar	„ 25 562 700,—		
3½%ige al pari rückzahlbar	„ 61 581 100,—		
	M. 419 577 400,—		
„ ausgeloste und zur Einlösung noch nicht präsentierte Pfandbriefe einschl. M. 9152,50 Aufschlag auf mit 110% resp. 115% rückzahlbare Pfandbriefe	„ 856 202,50	420 433 602	50
„ Kommunal-Obligationen im Verkehr 4%ige Serie I		1 229 700	—
„ Koupons und Dividenden, welche noch nicht zur Einlösung präsentiert sind		4 004 775	99
„ Kreditoren:			
laut Konto-Korrentbuch	M. 1 587 063,26		
pränumerando gezahlte Hypotheken-Zinsen pro 1918	„ 327 161,03	1 914 224	29
„ Gewinn- und Verlust-Conto			
Gewinn-Vortrag aus 1916	M. 171,651,32		
Gewinn pro 1917	„ 3 381 355,30	3 553 006	62
		476 524 956	94

Berlin, den 31. Dezember 1917.

Der Vorstand der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank.
Geisler. Beyer. 15025

Die Auszahlung der Dividende pro 1917 mit **7% = M. 42.—** pro Aktie erfolgt gegen Einlieferung des Dividendenscheines **Nr. 45** vom **6. März a. cr.** an **unserer Kasse,** Vossstrasse 6. Die Dividendenscheine bitten wir auf der Rückseite mit dem Firmenstempel zu versehen.

Berlin, den 4. März 1918. **Der Vorstand.**

Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. B.

Das Verzeichnis der Vorlesungen, welche im Sommersemester 1918 an der bisherigen Hochschule gehalten werden, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie gegen Einsendung von 20 Pfg. (auch in Briefmarken) vom hiesigen Universitäts-Sekretariat zu beziehen. 15069

Unentgeltliche

Geld- u. Paketüberweisung

an kriegs- und zivilgefangene Deutsche

besorgt der 1137

Badische Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte für den Bezirk Karlsruhe

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, **Kronenstr. 24.**

Die Münchner „Jugend"

die vornehme farbig illustrierte Wochenschrift für Kunst und Humor, hat auch während des Krieges ihren Freundeskreis erheblich erweitert. In über 110 000 Exemplaren kommt jede Nummer zur Versendung und ein nicht geringer Teil geht davon ins Feld, wo die Nummer von Hand zu Hand wandert und wo ihre farbigen Kunstdrucke schließlich noch zur Austapezierung der Unterstände verwendet werden. Ihren Angehörigen im Felde können Sie somit keine größere Freude bereiten, als ihnen die Münchner „Jugend" beim Feldpostamt einweisen zu lassen. Ihnen selbst liefern wir aber gern

umsonst

eine Probenummer,

wenn Sie sich vom Inhalte unserer Wochenschrift überzeugen wollen. Vom 1. Januar 1918 ab gelten folgende Preise:

Vierteljahrespreis (Januar bis März) ..... Mk. 7.50
Bezug durch die Feldpost ..... Mk. 7.80
Preis der einzelnen Nummer ..... Mk. 0.70

Bei Einsendung des Betrages und der genauen Feldadresse übernimmt auch der Verlag die Einweisung beim Feldpostamt. Auch jede Buch-, Kunst- und Zeitschriftenhandlung nimmt Bestellungen auf die „Jugend" an.

München, Lessingstr. 1 Verlag der „Jugend".

Unter der wissenschaftlichen Kontrolle des vereid. Gerichts- und Handels-Chemikers Professor Dr. Heinrich Becker, Frankfurt a. M. 8025

Suppenwürze

von vorzüglicher Beschaffenheit.

Chemische Fabrik Dr. Kast G. m. b. H., Frankfurt a. M.

zur Messe in Leipzig, Zeissighaus, III. Stock, Stand 254.

Meiler-Holzkohle

lose verladen in Waggonladungen von ca. 5000 Kilo sofort lieferbar abzugeben.

Kavon-Werke, Dresden

Eisenstuckstraße 2. 8024

Gelände mit Gleisanschluss

möglichst mit Gebäude und Dampfanlage zur Errichtung einer Einkochstation von Obst zu **kaufen** oder zu **pachten gesucht.**

Ausführliche Eilofferten erbittet: 8009

Heinrich Lüders, Ingenieur-Büro, Berlin W. 57
Kurfürstenstr. 13 — Nollendorf 3411.

Sie haben zweifellos

mit einer Anzeige im „Evang. Gemeindebote für die Stadt Karlsruhe", der wöchentlich Samstags in einem Umfang von 8 Seiten und dabei

in 15000 Exemplaren

zur Ausgabe gelangt, außerdem noch unentgeltlich und doch äußerst gewissenhaft in allen Stadtteilen und fast jedem Hause verteilt wird,

den sichersten Erfolg

Versäumen Sie deshalb nicht, auf Ihre Firma etc. durch ein Inserat — bei mehrmaliger Einschaltung entsprechender Rabatt — hinzuweisen

im Ev. Gemeindebote

Geschäftsstelle Hirschstr. Nr. 9

Rufen Sie bitte Telefon Nr. 400

Reinigung der privaten Hausentwässerungsanlagen.

Wir übernehmen auf schriftlichen Antrag der Grundstückseigentümer in jederzeit widerruflicher Weise die **Reinhaltung aller zur Entwässerung von Grundstücken gehörenden Fett-, Schlammfänger und Sinkkasten.** Die näheren Bestimmungen liegen auf unserer Kanzlei, Rathaus Zimmer Nr. 99, während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf; daselbst werden auch die zur Antragstellung zu benützenden Vordrucke unentgeltlich abgegeben.

Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Städtisches Tiefbauamt. 01

Für meine Leihanstalt **suche** ich **Flügel** und **Pianos zu kaufen** und erbitte Angebote. 1012

Ludwig Schweisgut, Hoflieferant, Karlsruhe, **Erbprinzenstraße 4.**

Seltene Gelegenheit.

Durch Uebernahme grösserer Bestände offerieren wir — sehr preiswert

ca. 100 Pianos u. Harmoniums

u. a. Stuttgarter, Heilbronner, Leipziger u. Berliner Fabrikate, zum Teil Friedensware, zum Teil gespielte Instrumente. Auch Teilzahlung gestattet. 1227

L. Spiegel & Sohn,
kgl. bayr. Hoflieferant,
Ludwigshafen a. Rh.

Zigaretten

Verkaufs-Angebot
Nur an Selbstverbraucher
Ia. Qualitätsmarken
1000 Stck. Mk. 74.—, 80.—, 100.—, 120.—, 150.—,
Echt türkisch. Zigarettentabak Kilo Mk. 60.—,
Versand Nachnahme

D. Guttmann,
Charlottenburg M, Potsdamerstr. 12. 15019

Tüchtiger

Färber oder Detacheur

mit guten Kenntnissen der Färberei zum sofortigen Eintritt **gesucht.**

E. Keit, Mannheim
Richard-Wagnerstr. 30. 1293

Gurte und Bindfaden

alle Sorten (kein Papier) **kaufe jeden Posten,** soweit nicht beschlagnahmt. Bemusterte Anstellung mit Preisangabe. 816

J. Danziger, Berlin
Junkerstr. 19.